

26.10.2021

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen bekämpfen – Wohnungsprojekte ausweiten

I. Ausgangslage

Eine eigene Wohnung, ein Zuhause, das Schutz- und Zufluchtsort ist, ist eines der wichtigsten Bedürfnisse, die ein Mensch haben kann. Leider zeigt die integrierte Wohnungsnotfall-Berichterstattung, dass es auch in Nordrhein-Westfalen immer noch zu viele Menschen gibt, die ohne eigene Wohnung leben müssen (Wohnungslose) oder sogar in vielen Fällen kein Dach über dem Kopf haben (Obdachlose). Dabei kann der Teil der Obdachlosen, die keine Hilfsangebote wahrnehmen wollen, von der Berichterstattung bisher gar nicht vollständig erfasst werden.

Wohnungslosen Menschen zu helfen, ist eines der wesentlichen sozialpolitischen Anliegen der NRW-Koalition. Gerade in Zeiten der Pandemie hat sich gezeigt, dass hier auch weiterhin ein akuter Hilfebedarf besteht. Die Fraktionen von CDU und FDP haben deshalb dafür gesorgt, dass seit dem Regierungswechsel 2017 die im Bereich Wohnungslosigkeit eingesetzten Mittel um mehr als das Siebenfache erhöht worden sind: Von ursprünglich einer Million Euro auf 7,16 Millionen Euro.

Während mit den begrenzten Mitteln des bisherigen Aktionsprogramms „Hilfen in Wohnungsnotfällen“ nur eine modellhafte Erprobung neuer Ansätze wie z. B. „Housing-First“ möglich war, konnte die Landesregierung mit den zusätzlichen Mitteln 2019 die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ ins Leben rufen und in den 22 statistisch am meisten von Wohnungslosigkeit betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten so genannte „Kümmerer“-Projekte ins Leben rufen. Hier wird seitdem intensiv an der Verhinderung von drohenden Wohnungsverlusten und der Vermittlung von Wohnungs- und Obdachlosen in dauerhafte Wohnverhältnisse gearbeitet. Die Landesinitiative zeichnet sich durch eine Vernetzung und Kooperation von in der Sozialarbeit Tätigen, Suchtberatung, Immobilienkaufleuten und Wohnungswirtschaft aus. Dies ist ein entscheidender Baustein des Erfolgs. Bislang wurden über 11.000 Personen beraten, über 2.000 Menschen wurden in Wohnraum vermittelt bzw. vor einem Wohnungsverlust bewahrt. Ein Teil der „Kümmerer“-Projekte ist auch auf spezifische Zielgruppen wie wohnungslose Frauen ausgerichtet.

Dieser Ansatz aus Prävention und akuter Hilfe der „Kümmerer“-Projekte sollte so schnell wie möglich auf alle Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen ausgeweitet werden. Angesichts der landesweit bestehenden Problemlage und der gestiegenen Wohnungslosenzahlen wäre dies ein wichtiges sozialpolitisches Unterstützungsangebot an die Kommunen und gleichzeitig ein Signal für eine landesweit konsequente Umsetzung der ausgesprochen erfolgreichen Landesinitiative. Die Träger der Wohnungslosenhilfe und die kommunal

Datum des Originals: 26.10.2021/Ausgegeben: 26.10.2021

verantwortlichen Stellen können die Landesinitiative vor Ort mit weiteren erfolgversprechenden Ansätzen in eigener Zuständigkeit zu lokalen Handlungskonzepten ergänzen.

Gleichzeitig würde mit der Ausweitung der Beschlussfassung des Landtages vom 11.03.2020 zu dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „Kampf gegen Wohnungslosigkeit fortsetzen“ – Drucksache 17/8777 –, aus der sich u. a. der Auftrag zur Ausweitung der „Kümmerer“- Projekte ergab, entsprochen.

Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP werden sich daher weiterhin für diesen Weg einsetzen und die Landesregierung bei der Umsetzung der Ausweitung der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ unterstützen. Dass dieser Einsatz und die Unterstützung sich lohnen, hat sich beispielsweise darin gezeigt, dass über die „Kümmerer“-Projekte hinaus in drei Kommunen in NRW, nämlich in Dortmund, Essen und Recklinghausen, auf Initiative der regierungstragenden Fraktionen Projekte für wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene gefördert werden. Auch hier gilt es, Maßnahmen insbesondere für junge Wohnungslose weiterhin in den Fokus des Landtags zu stellen und dauerhaft zu fördern.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Der Kampf gegen Wohnungslosigkeit ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Anliegen der NRW-Koalition.
- Mit der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ hat die Landesregierung ein Programm auf den Weg gebracht, das an den beiden wichtigsten Ansatzpunkten zur Verringerung von Wohnungslosigkeit wirkt: Der Verhinderung von drohenden Wohnungsverlusten und der Vermittlung von Wohnungs- und Obdachlosen in dauerhafte Wohnverhältnisse.
- Seit Beginn der „Kümmerer“-Projekte konnten über 2.000 Menschen in Wohnungen vermittelt bzw. vor einem Wohnungsverlust bewahrt werden.
- Mit der Ausweitung der „Kümmerer“-Projekte wird der Beschlussfassung des Antrages „Kampf gegen Wohnungslosigkeit fortsetzen“ (Drs. 17/8777) entsprochen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- zu prüfen, wie die jetzt laufenden „Kümmerer“-Projekte verstetigt werden können,
- die „Kümmerer“-Projekte ab 2022 aus bereiten Mitteln auf alle Kreise und kreisfreien Städte auszuweiten,
- dabei die zielgruppenspezifischen Bedürfnisse von wohnungslosen Frauen, Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen sowie Menschen mit Einwanderungsgeschichte verstärkt zu berücksichtigen,
- dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Erkenntnisse und Fortschritte der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ zu berichten,
- die integrierte Wohnungsnotfall-Berichterstattung weiterzuentwickeln und dabei Möglichkeiten zu prüfen, Obdachlose außerhalb der Hilfsangebote besser zu erfassen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Thorsten Schick
Peter Preuß
Marco Schmitz

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Susanne Schneider
Stefan Lenzen

und Fraktion